

## Hinweis – Vorschlag – Einladung – Debatte – Position – Aktion

Der vorliegende Entwurf eines Manifests wurde über den Jahreswechsel 2014/15 von Albert Reiterer, Wilhelm Langthaler, Tiziana Fresu, Stefan Hinsch und Gernot Bodner geschrieben. Die Beteiligten arbeiten bereits seit Längerem an der Entwicklung einer politischen Initiative gegen das Euro-Regime in Verteidigung der Interessen der Mehrheit und vor allem der Unteren. Konkret schlagen wir ein Personenkomitee auf Basis dieses Texts vor, den wir zur Diskussion und gegebenenfalls auch Veränderung unterbreiten.

Zunächst geht es darum in der Gesellschaft eine Position zu etablieren, die derzeit vakant ist, für die wir jedoch meinen, dass es Platz gibt. Wir wollen eine Website betreiben und unsere Positionen über die verschiedenen Wege in die interessierte Öffentlichkeit tragen. Das Personenkomitee soll offen sein und die Beteiligung soll nicht im Gegensatz zum Engagement bei anderen politischen Organisationen stehen.

Wir fordern alle, die sich in den Positionen des Texts politisch erkennen können, zur Unterschrift und Beteiligung am Komitee und / oder zur Stellungnahme auf.

# WEG MIT DEM EURO-REGIME

## *Erklärung des Personenkomitees (Entwurf)*

- [1\) Die Situation: Die Katastrophe des Euro](#)
- [2\) Die EU – Wegbereiter der Diktatur des Kapitals](#)
- [3\) Die globale Krise und ihr EU-Katalysator](#)
- [4\) Schulden, Staatsschulden, „Schuldenkrise“](#)
- [5\) Zentrum Deutschland: national vor imperial](#)
- [6\) Nationalismus? Der Vorwurf fällt auf seine Urheber zurück!](#)
- [7\) Rechtspopulismus](#)
- [8\) Auflösung der Euro-Zone: Ziel und Ausgang](#)
- [9\) Sofortmaßnahmen](#)

### **1. Die Situation: Die Katastrophe des Euro**

Der europäische Süden liegt in Trümmern. Griechenland, Spanien, Portugal, auch Irland erleben einen sozialen Niedergang wie man ihn sonst nur im Gefolge von Kriegen kennt. Italien ist auf dem Weg in diesen Club. Frankreich sucht mit viel Mühe und nicht ohne eine gewisse tragische Komik den Schein aufrecht zu erhalten. Es spielt mit kurzfristigen militärischen Abenteuern europäische Großmacht in Afrika und dem Nahen Osten. Gleichzeitig bettelt es in Deutschland um Wirtschaftshilfe und Investitionen.

Selbst die Mittelschichten in diesen Ländern müssen bestürzt konstatieren: Die Eurokrise und der allgemeine Crash spart auch sie nicht aus. Ihre Reihen schrumpfen, und auch ihr Wohlstand nimmt ab, zumindest in den unteren Segmenten – eine allgemeine Tendenz des globalen Neoliberalismus. Aber durch das Euro-Regime wird sie an der europäischen Peripherie extrem verstärkt. So schließen sich denn auch gewichtige Teile von ihnen dem allgemeinen Protest gegen den Euro und seine Folgen an. Die Unterschichten rebellieren. Sie alle werden durch so unterschiedliche Phänomene wie den *Cinque Stelle*,

*Podemos* oder dem *Front National* Teil des Widerstands gegen die Eliten. Sie wollen ihren Absturz im Namen des Euro nicht weiter hinnehmen.

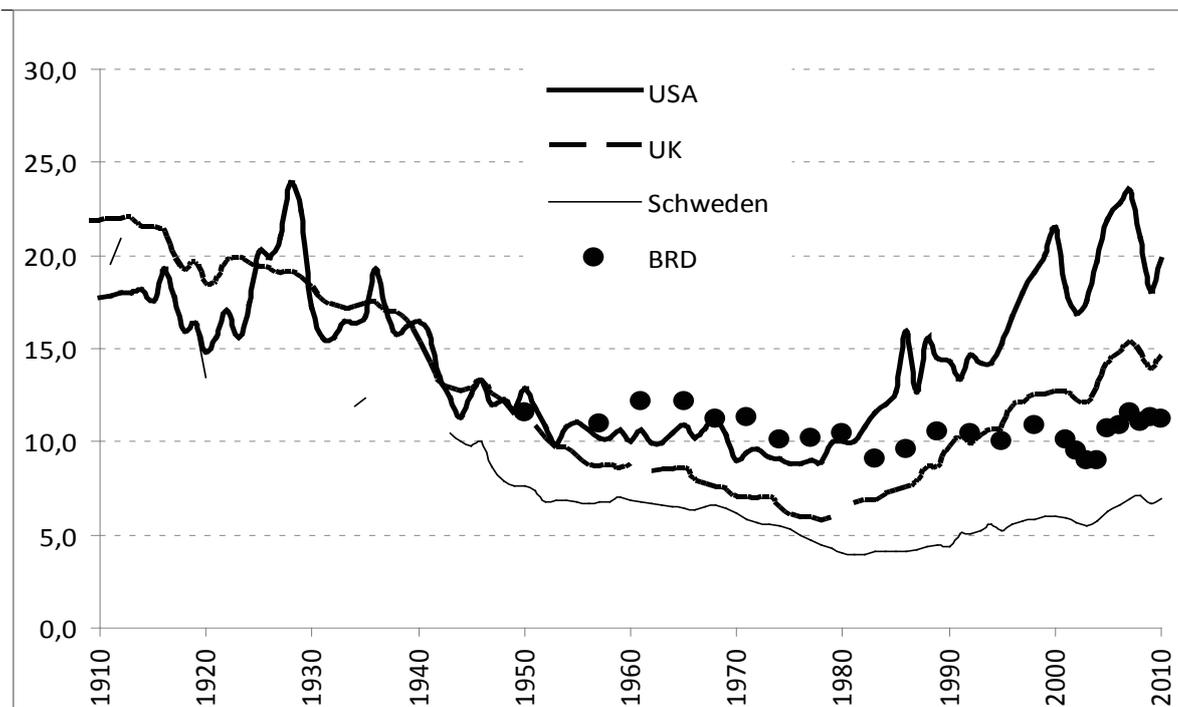
Die Versprechungen und Hoffnungen auf sozialen Ausgleich zwischen Zentrum und Peripherie waren groß. Die EG / EU und insbesondere der Euro würden die stets abwertungsgefährdeten Lira, Peso und Drachme sanieren und eine lichte Zukunft bringen. So kann man es in den Manifesten der End-90er für den Euro auch und nicht zuletzt in den angeblich seriösen Zeitungen lesen. Aber die Entwicklung der Peripherie wurde zum Strohfeuer, zur Finanzblase. Umso enttäuschter sind nun die Menschen des Südens. Langsam begreifen sie, dass die „Transformation“ des Ostens der Probelauf für ihr eigenes Schicksal war. Entgegen der Versprechung auf „blühende Landschaften“ bedeutete sie die Zerschlagung der eigenen Industrie, Installierung verlängerter Werkbänke und vor allem die Reduktion auf einen Absatzmarkt. Der Mittelschicht geht nun die Luft aus wie einem angestochenen Ballon.

Der Euro hat die Gegensätze vergrößert, die Konflikte verschärft; die Gräben vertiefen sich. Anstelle der Konvergenz von Wohlstand steht der Kontinent vor den Trümmern des Projektes seiner Eliten. Diese Eliten sind nicht in der Lage die Notbremse zu ziehen und die gescheiterte Währungsunion zu beenden: Zu groß ist die Angst vor der „Finanzmarktinstabilität“ die ihre Geldvermögen bedroht. Zu groß die Angst vor den politischen Auswirkungen, wenn man gezwungen wäre die Niederlage einzugestehen. Zu groß das institutionelle Beharrungsvermögen der Eurobürokraten. Statt dem Schritt zurück die Flucht nach vorne, die Radikalisierung, die immer weniger eingeschränkte Herrschaft der Eliten.

In der allgemeinen Katastrophe waren das Zentrum Deutschland und der Nordwesten – vor allem die Exportindustrie – die relativen Gewinner. Ihre Eliten und deren sozialer Block feiern; er verfügt auch nach unten hin über erheblichen Einfluss, obwohl jene Schichten durch die Lohndeflation geschädigt wurden.

Statt zu einen, spaltet das Euro- und EU-Regime den Kontinent. Nachdem der Süden und der Osten einvernahmt waren, sollte überhaupt niemand mehr sich dieser Wohltaten erwehren dürfen. Das Projekt des Friedens, der Völkerverständigung, der Überwindung des alten Nationalismus war stets eine Propaganda-Floskel. Schon in den 1990er ging man einen entscheidenden Schritt weiter. Unter der Regierung der Sozialdemokraten und Grünen führte Deutschland auf dem Balkan im Namen von Demokratie, Menschenrechten und Humanitarismus den ersten Angriffskrieg seit dem Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich ging es darum, die Herrschaft des Zentrums mit seinem sozioökonomischen Modell durchzusetzen, notfalls eben mit Gewalt. Doch nun erleben wir einen den logischen weiteren Schritt: In der Ukraine stützt man ein willfähiges neoliberales und nationalistisches Regime, das einem wichtigen Teil seiner Bevölkerung, die den antirussischen Kurs nicht mittragen will, die demokratische Willensäußerung verweigerte. Die Revolte des Ostens wurde zum Bürgerkrieg hoch geschaukelt und als Hebel gegen Russland genutzt. Mit Sanktionen glaubte man Moskau in die Knie zwingen zu können. Erst heute merkt man: Man schadet sich selbst mehr, vertieft die Krise der westlichen Wirtschaft und fördert in Russland jene, die stets einen eigenen antiwestlichen Kurs wollten.

## Graphik: Der Anteil des obersten Prozent am Gesamteinkommen, in %



Die USA spielen den Vorläufer und geben den Ton an. Hier liegt der Anteil des obersten Prozents tatsächlich bereits höher als 1915 (17,6 %). 2007, unmittelbar vor Ausbruch der Finanzkrise aber stand er auf 23,5 %, und 2010, mitten in der Krise, wieder bei 19,8 %. Nur einmal in der Zwischenzeit im Jahr 1928, direkt vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise mit ihren Katastrophen, lag er mit 23,9 % auf derselben Höhe. Diese Parallele in der extremen Ungleichheit und der Explosion der Krise ist kein Zufall, wie der konservative Raghuram Rajan betont.

Großbritanniens aristokratisch-bürgerliche Gesellschaft hielt länger an. Daher hatte der Anteil der Superreichen noch zu Beginn des Zweiten Weltkriegs einen besonders hohen Wert (1940: 15,4 %). Direkt vor Thatcher erreichte der Anteil mit 5,7 % (1978) einen untersten Wert, und seither geht es nahezu unhaltbar in die Höhe (2010: 14,7 %).

Schweden schließlich ist zwar noch immer gegen die beiden anderen Gesellschaften vergleichsweise egalitär. Aber die allgemeine Ungleichheit steigt noch schneller als dort. Hier ist der Anteil der Superreichen mit 7,1 % im Jahr 2008 fast schon bescheiden, aber im Vergleich zu 4,4 % 1990 um so stärker gestiegen. Schweden hat ein etwas eigenes Modell: Die dortigen politischen Eliten haben nicht zuletzt die Ungleichheit im Rahmen der Mittelklasse gefördert.

Die BRD hat durch den Anschluss der DDR eine starke Störung zu verzeichnen und überdies fehlen in Zwischenjahren Daten. Daher ist das Muster erst gegen Ende zu erkennbar.

Quelle: Piketty

Aber machen wir uns keine Illusionen! So wie die Transformation des Ostens in einen wilden, peripheren Korruptions-Kapitalismus der Probelauf für den Süden war, so ist nun der soziale Crash des Südens ein Probelauf für die Politik, die auch in den Zentren, in Deutschland, Österreich, Skandinavien, in den Niederlanden und Belgien, auf die Bevölkerung zukommt. Mit dem „europäischen Semester“, dem Eingriffsrechte des Brüsseler Zentrums in die nationalen Budgets, und dem Fiskalpakt sind die Weichen schon gestellt.

In den 1970er versprach die Sozialdemokratie, alles mit Demokratie zu „durchfluten“. Inzwischen ist Demokratie und Parlamentarismus hauptsächlich eine Fassade für Sonntags-Redner. Die EU hat kein Demokratie-Problem – sie ist ein Demokratie-Problem. Sie dient dem Abbau der mit einander verbundenen sozialen und politischen Rechte.

## 2. Die EU – Wegbereiter der Diktatur des Kapitals

Das Ziel der Globalisierung und ihres europäischen Ausdrucks, der EU und des Euro, ist die unumschränkte Herrschaft der kapitalistischen Eliten. Ihr supranationaler Zusammenschluss will die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit rückgängig machen, die im Rahmen der Nationalstaaten errungen wurden. Der Rückbau des Sozialstaats zur Armutsverwaltung kann aber nur gegen die große Mehrheit der Bevölkerung erfolgen. Um deren Widerstand und deren Erwartungen zu überwinden, braucht es aber eine politische Transformation. Hinter dem schrittweisen Prozess der Verlagerung der Macht von nationalen Institutionen auf die supranationale Ebene der EU, lässt sich die politische Enteignung der Unter- und Mittelschichten verstecken. Der supranationale Staat bietet den angepassten Intellektuellen Karrieremöglichkeiten und der oberen Mittelschicht weitere Aufstiegschancen. Den Großteil der Bevölkerung schließt er indes aus.

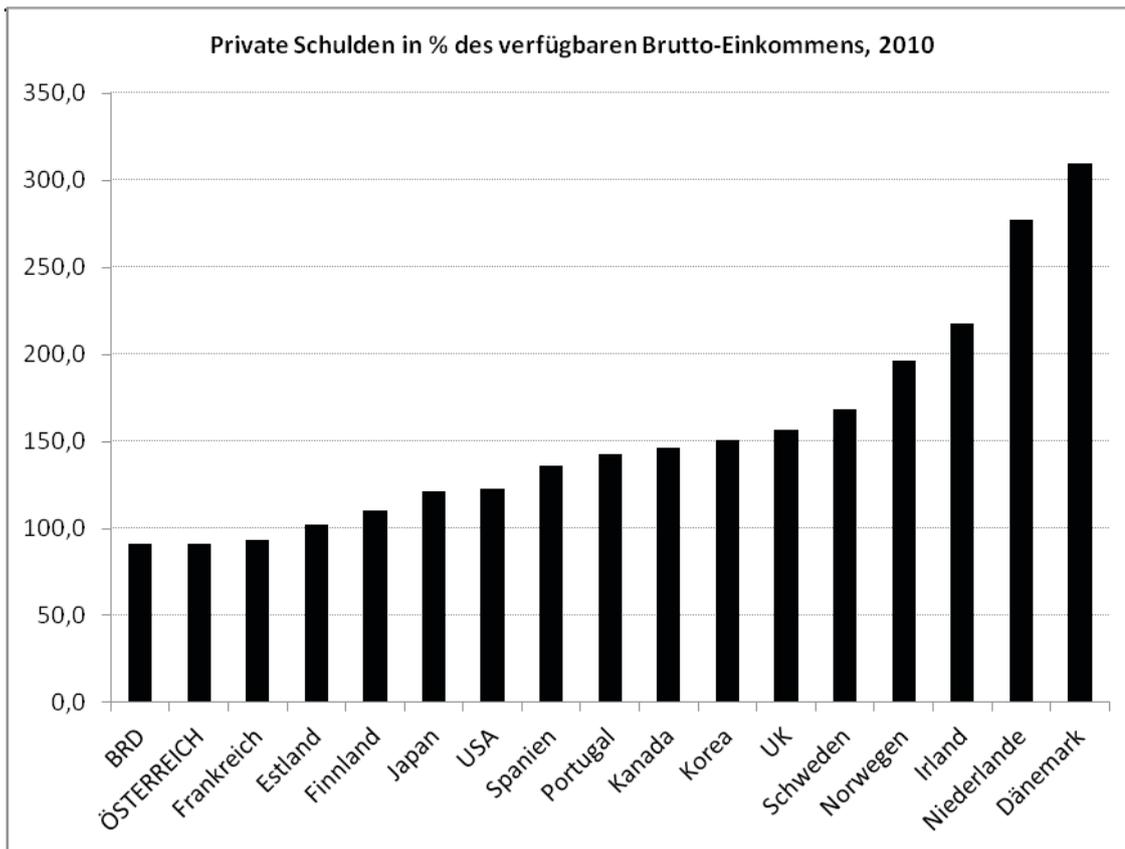
Maastricht mit seinen teils bedrohlichen, teils aber auch lächerlichen, rein ideologischen Kriterien wurde zum Fanal. Die wichtigsten Regeln betreffen die Staatsschuld. Die hat aber mit der Produktivitätsentwicklung nichts zu tun. Die Staatsschulden sollen abgebaut werden? Noch nie waren sie sie groß wie heute. Die Zinsen sollten ein vereinheitlichtes niedriges Niveau erreichen? Als es so war, wurde das zum Treiber einer Immobilien- und Finanzmarktblase; und heute ist der *Spread*, der Zinsunterschied zwischen den wohlgelittenen Ländern und den peripheren, stets die ärgste Drohung im Hintergrund. Die Inflation müsse mit allen Mitteln eingebremst werden? Heute versucht die EZB ganz verzweifelt mit untauglichen Mitteln und hohlen Ankündigungen eine Deflations-Krise wegzuschieben. Auf die exorbitanten Preissteigerungen von Vermögenswerten, den Wertpapieren und Immobilien, hatte sich die Inflationsparanoia sowieso nie bezogen, sondern auf die Löhne.

An die Stelle von Wohlstand trat Austerität. Der Neoliberalismus war und ist das Programm von EZB, Kommission und Rat.

Die Blase auf den Finanz- und Immobilienmärkten in den 2000ern hat der Bevölkerung vorgegaukelt, der Euro würde nun endlich das bringen, was man sich stets gewünscht hat. Zwar: Die Ungleichheit der Einkommen stieg. Die Differenzen zwischen Oben und Unten sind nun wieder so groß wie vor einem Jahrhundert. Man überspielte dies mit einem Kreditboom und mit niedrigen Zinsen. Man hatte den Menschen versprochen: Wir werden der „wettbewerbsstärkste Wirtschaftsraum“ nach dem Muster der USA. Dort war die Kreditexpansion auch im Konsumentenbereich am größten. Dort haben die Banken die Menschen in die Falle gelockt, mit dem Versprechen, es könne nur immer aufwärts gehen. In Europa waren es die Staaten und die EZB selbst, ebenfalls mit der Politik der Niedrig-Zinsen und mit dementsprechenden Krediten an Unternehmen und an die Staaten selbst. Was man den Menschen an den Einkommen wegnahm, versprach man ihnen via Krediten wieder zu geben.

Im Zentrum dieser Politik stand das neue Deutschland mit seiner Lohndeflation, seiner Repressions-Politik gegen einen erheblichen Teil der Bevölkerung mit Agenda 2010 und Hartz IV-„Reformen“. Das hohe Produktivitätswachstum vor allem in der Export-Wirtschaft erreichte man durch niedrige Beschäftigung, d.h. strukturell hohe Arbeitslosigkeit. Die überflüssigen Arbeitskräfte der Unterschichten ernährt man gerade noch mittels Hartz-IV und Ein-Euro-Jobs. Die besser Qualifizierten aus dem Osten, aus der ehemaligen DDR, die exportierte man nach Österreich, in die Schweiz und sonst wohin – zumindest bis zum Krach 2008. Und die anderen, die aus Polen, Rumänien und dem Baltikum kommen, die kann man gut zum Lohndrücken unten einsetzen. Für Deutschland ist die Freizügigkeit der Arbeitskräfte tatsächlich unentbehrlich.

Auf der anderen Seite befanden sich die Peripheriestaaten, die durch das Kreditbonanza einen Konsumboom der Ober- und Mittelschichten erlebten, an dem die Unterschichten auch mitnaschten zu können hofften. Damit erklärt sich auch der überwältigende Europäismus des Südens während des vergangenen Jahrzehnts. Der Preis- und Lohnauftrieb war indes stärker als das Produktivitätswachstum. Die Außenhandelsdefizite explodierten, wurden jedoch durch die Kapitalschwemme ausgeglichen. Die heraufziehende Krise, die ohne Euro durch eine Abwertung bewältigt worden wäre, wurde in diesem rauschhaften Kasinokapitalismus verdrängt.



*Bei den Privatschulden handelt es sich zum größten Teil um Hypotheken für Haus bzw. Wohnung. Es sind langfristige Schulden, die aber größte Folgen haben, wenn sie „notleidend“ werden, also die Schuldner mit der Rate in Verzug kommt. Die Folge ist faktisch Enteignung und nicht selten Obdachlosigkeit. Der Versuch, mittels Krediten über fallende Einkommen hinwegzutäuschen, ist ein gewöhnliches Phänomen einer sich aufbauenden Krise. Wir können dies bereits in den End-1920er sehen, vor dem großen Krach.*

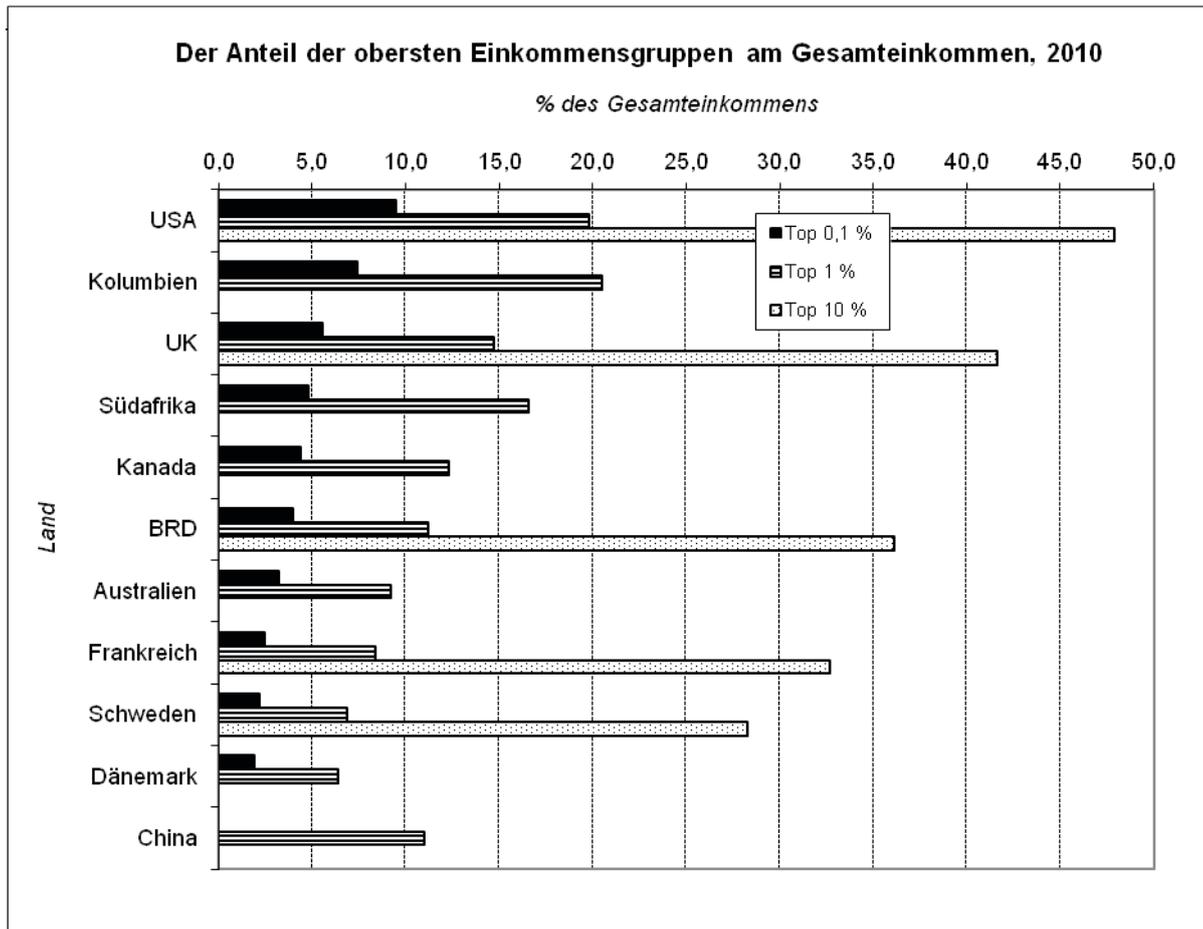
Quelle: OECD

### **3. Die globale Krise und ihr EU-Katalysator**

Die Kreditblase des aufgeblähten Finanzsektors als Folge der wachsenden Ungleichheit und der Unterkonsumtion (in Bezug zu dem wachsenden produktiven Potential) war in den USA als *Sub-prime*-Krise explodiert. Nachhinkende Nachfrage konnte man eine Zeitlang mit *Ninja*-Krediten (No Income No Job No Assets) überspielen. Wie bei jedem Kettenbriefspiel war das Ende unvermeidlich. Als Rettungsmaßnahmen reagierte die dortige Regierung mit „*quantitative easing*“, dem weiteren Transfer von Geld-Kapital an ein nicht sonderlich aufnahmebereites Publikum. Wie auch? Die Unterschichten konnten nicht mehr weiter auf Pump konsumieren, denn sie waren als erste insolvent und flogen massenweise auf die Straße. Und weshalb hätten die Unternehmen der Realwirtschaft investieren sollen, wenn weiterhin Nachfrageschwäche zu erwarten ist? So nährt die Geldflut seit mehreren Jahren nur wieder den Finanzsektor mit seiner Spekulation und eine weitere Kreditblase, während in der Realwirtschaft gedämpfte Stimmung vorherrscht.

Die Ursache der Krise, die global steigende soziale Ungleichheit und das damit verbundene strukturelle Nachhinken der Nachfrage, wurden nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft sich ungebremst. Die Krise kann gar nicht anders als nochmals auszubrechen und Überkapazitäten aus dem Markt zu nehmen, Kapital zu vernichten – mit katastrophalen sozialen Folgen.

## Graphik: Ungleichheit im internationalen Vergleich



An diesem Vergleich kann man die unterschiedlichen Modelle der Ungleichheit erkennen. Die USA stechen in allen Kategorien heraus. Von den Entwicklungsländern, die gewöhnlich eine besonders hohe Gesamt-Ungleichheit zeigen, unterscheiden sie sich dadurch, dass sie ihre Unterschichten nicht verhungern lassen. Aber sie bilden das Muster der Ein-Viertel-Gesellschaft. Die Früchte des Produktivitätsgewinns gehen ausschließlich an die obersten Gruppen. Von jedem Dollar, den sie seit 1976 zusätzlich erwirtschaftet haben, gingen 58 Cent an das oberste Prozent, und der Rest fast zur Gänze an die 9 % darunter.

Die Europäer, die BRD, Frankreich, Skandinavien, sind ein gewisses Alternativ-Modell. Hier bevorteilt die Ungleichheit die gesamte obere Mittelschicht. Allerdings wachsen auch hier die Anteil des obersten Prozents bzw. des obersten Promilles. Das US-Modell setzt sich langsam durch.

China ist aus Datenmangel nicht unmittelbar vergleichbar. Soweit man erkennen kann, nimmt dort aber die Ungleichheit langsam die Ausmaße von Chile, Brasilien und Südafrika an.

Quelle: Piketty, website

In Europa herrschte zuerst Panik. Nicht nur der Traum der Bevölkerung vom allgemeinen Wohlstand war geplatzt. Die Eliten waren mit der akuten Gefahr von Bankrotten an der Peripherie konfrontiert. Das drohte die Randstaaten sowie die Zentrumsbanken in ernste Schwierigkeiten zu bringen. Die Einheitswährung und damit das dahinter stehende politische Projekt standen zeitweise auf der Kippe.

Allerdings begriffen einige unter ihnen schnell, einer Traditionslinie der Ökonomen folgend (Joseph Schumpeter): *Never waste a crisis!* In einem atemberaubenden *raid* brachten sie einen größeren Macht-Transfer an die Brüsseler Bürokratie und die dahinter stehenden deutschen Eliten zustande, als es vorher in zehn Jahren gelungen war. Die Abläufe in der Euro-Zone wurden zu diesem Zweck noch weiter dramatisiert. Auf Ausnahme-Situationen muss man mit Ausnahme-Mittel reagieren. Schon Carl Schmid,

der Kronjurist der Nazis, wusste: Die Souveränität hat, wer über den Ausnahme-Zustand entscheidet. In der Krise zeigte sich also der wahre Souverän: Es ist die Finanzoligarchie, institutionalisiert in der EZB mit ihrem Personal aus den großen Spekulationsbanken und anderen Finanz-Unternehmen, der Goldman-Sachs-Mario Draghi an der Spitze. Das Dogma der „Unabhängigkeit“ der Zentralbank entpuppt sich als direkte Diktatur der kapitalistischen Eliten.

Und doch hat sich der reale Souverän auch wieder nicht so eindeutig gezeigt. Den hat man immer nur in einem verschwommenen Ausdruck berufen. Wenn die Parlamente und einige nationale Politiker doch einmal kurz zögerten, hieß es immer: *Aber die Finanzmärkte!*

Globalisierung ist kein neues Phänomen. Neu aber ist, seit einigen Jahrzehnten, dass Staaten selbst aktiv und forciert die Globalisierung vorantreiben und sich dabei selbst bewusst entmachten. Zu wessen Gunsten? Die Frage ist rhetorisch. Staatliche Regulierung bedeutete stets eine gewisse, bescheidene Kontrolle über die großen privaten, machtvollen Akteure. Das soll mehr und mehr fallen; und es soll ein für alle Male unmöglich gemacht werden. In allen Dokumenten von EG / EU können wir es nachlesen, dass sie sich selbst als Teil und Akteur in diesem Prozess sieht.

Grenzen hatten überschaubare Räume geschaffen, innerhalb derer eine Kontrolle durchführbar war. Währungen waren eines der zentralen ökonomischen Instrumente dabei, jedenfalls in der Zweiten Nachkriegszeit. Die sonstigen Mittel funktionierten innerhalb und im Rahmen einer solchen national-globalen Topologie, die Zinsen etwa. Auf- und Abwertungen waren Prozesse, welche dies Alles in Gang hielten.

Nicht dass Abwertungen stets und überall angebracht wären. Nicht zufällig haben sich Entwicklungsländer immer wieder gegen die grob dimensionierten Abwertungen gestellt, welche ihnen der IMF befahl. Denn das bedeutete Wohlstands-Verluste und Ressourcen-Transfer. Wir kennen dies auch aus den diversen Krisen des letzten Jahrhunderts. Der Mechanismus ist von der Asien-Krise und der Tequila-Krise, auch aus Afrika bekannt. Abwertungen hatten dort katastrophale soziale Folgen. Es waren stets Rosskuren, mit welchen die kapitalistische „Wettbewerbsfähigkeit“ wieder hergestellt wurde.

Statt den verpönten Kapitalverkehrskontrollen wurde und wird der Peripherie das Exportmodell der Entwicklung aufgezwungen. In der ökonomischen Theorie sollte Kapital in diese Länder fließen. Die Wirklichkeit sah und sieht anders aus, als konstant erweisen sich lediglich die unberechenbaren Schwankungen. Unter dem Strich fließt Kapital aus den kapitalarmen Entwicklungs-Ländern ab und vor allem ins anglosächsische Zentrum des Kapitalmarktes. Ideologieverblendete Ökonomen erklärten dies zum unlösbaren Rätsel („Lucas-Paradoxon“, „Feldstein-Horioka-Paradoxon“). Die Staaten der Peripherie sind jedoch im Rahmen des globalen Freihandelsregimes strukturell gezwungen Kapital im zweistelligen Prozentbereich des BIP als Schutz gegen Kapitalflucht und Abwertungskrisen vorzuhalten, d.h. in US-Staatsanleihen anzulegen. Sie entziehen der eigenen Volkswirtschaft damit wichtiges Kapital, das den USA und anderen Zentrumswirtschaften praktisch zinsfrei für deren Konsum zur Verfügung gestellt wird. Zudem: Dass es in solchen Ländern z. B. korrupte Eliten gibt, die ihre Gelder in Sicherheit bringen wollen, scheint die Mainstream-Ökonomen zu überraschen. Kleptokratien wollen sie nicht sehen.

Umgekehrt waren Aufwertungen den Export-Kapitalisten stets zuwider. Natürlich: mindern sie doch kurzfristig ihre Gewinne. Die deutschen Exporteure und die österreichische Landwirtschaft haben stets mit Grimm auf die italienischen Abwertungen gesehen. In Italien schuf man das eigene „Wirtschaftswunder“ – und das langjährige Wachstum war bis 1990 größer als nördlich der Alpen - nicht zuletzt mit häufigen Abwertungen. Ab und zu wurden die deutschen Regierungen gezwungen, selbst aufzuwerten. Seit 1990 haben sich die italienischen Regierungen unterschiedlicher Hautfarbe auf die Währungsunion orientiert. Seit damals stagniert das Land und seine Wirtschaft.

In der Eurozone geht aber Abwertung nicht mehr. Das war selbstverständlich das Ziel insbesondere der deutschen Exporteure. Was aber macht man, wenn die Produktivitäts-Unterschiede zunehmen? „Innere Abwertung“, dieser zynische Begriff für das Hinunterfahren des Lebensstandards der Arbeitenden, ist keine Erfindung der letzten Jahre. Das Vokabel findet sich prominent in der Diskussion um die Einführung der Einheitswährung. Gegenüber dem Publikum hat man sie strikt abgeleugnet. Für die Bevölkerung ist sie wesentlich schmerzhafter als eine („äußere“) Abwertung. Sie trifft praktisch nur die

arbeitende Bevölkerung. Um die soziale Degradierung dennoch möglich zu machen, müssen eben die demokratischen Rechte eingeschränkt werden.

Zudem funktioniert ein Exportmodell im weltwirtschaftlichen Krisenmodus nur für wenige. Ganz Europa kann nicht Deutschland werden, denn die Überschüsse der einen sind die Defizite der anderen.

Nehmen wir abstrakt an, man wollte wirklich einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Dann wären massive Ausgleichszahlungen erforderlich. Ob dies funktionieren würde, steht auf einem anderen Blatt. Man denke nur an die Entwicklung der Ex-DDR, trotz der riesigen Transfers seit 1992. Die westliche Bevölkerung hat dafür gezahlt, dass der innerdeutsche Export stattfinden konnte. Die ostdeutsche Wirtschaft, pardon: die Wirtschaft der „neuen Bundesländer“, hat dies nicht belebt. Der angebliche soziale Ausgleich, der den Westdeutschen so teuer kam, hat keineswegs zur Angleichung des Lebensstandards geführt. Überhaupt lösen regionale Transferzahlungen keine wirtschaftlichen Strukturprobleme. Sie verfestigen letztendlich die Peripherisierung.

Gegenüber den nachhinkenden Wirtschaften des Südens und des Ostens verweigert Deutschland diese Transfers. Die Bevölkerung hat nach ihren Erfahrungen mit dem Anschluss der DDR allen Grund dazu. Dass hier Sozialchauvinismus durchkommt, wissen wir natürlich. Die rechten Euro-Gegner von der AfD sind weitgehend national-reaktionäre Gruppen. Aber die Bevölkerung, soweit nicht neoliberal indoktriniert, der „Politik“ müde und passiv, macht da wenig Unterschiede.

Wenn aber die sozialdemokratische Linke auf die neoliberale Euro-Politik setzt und in Bundesländer-Regierungen den antisozialen Kurs mitträgt und durchsetzt, braucht sie sich weder über die Zuwendung der Unterschichten zu den altkonservativen Euro-Skeptikern noch über den Fast-Zusammenbruch der Linken in solchen Ländern wundern.

#### **4. Schulden, Staatsschulden, „Schuldenkrise“**

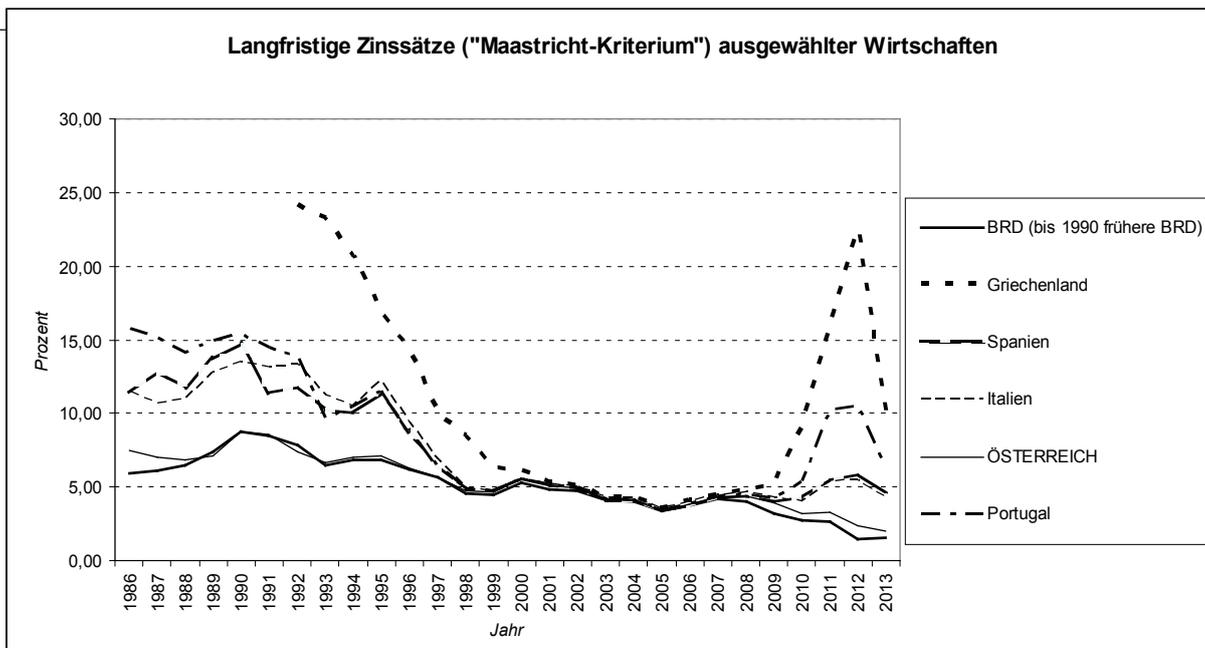
Die Euro-Oligarchie spricht von der Schuldenkrise als Ursache allen Übels. Das ist ebenso simpel wie eingängig. Die Erzählung wirkt plausibel: Die Peripherie lebte über ihren Verhältnissen, und das hat sie jetzt davon. Doch dabei handelt sich um eine Halbwahrheit, die den Blick auf den Kern der Sache verstellt. Trotz der Überflutung mit billigem Kapital sanken bis 2007 im Allgemeinen die Staatsschuldenquoten. Doch das billige Geld führte vor allem bei den Ober- und Mittelschichten zu einem Konsumboom. Auch die Löhne stiegen mit – zwar nicht im gleichen Ausmaß, aber doch. Was die USA privat mit den Wohnungskrediten zuließen und förderten, haben insbesondere Spanien und Irland nachvollzogen: Die Ungleichheit steigen zu lassen und die Bevölkerung doch zufrieden zu stellen. Währenddessen sanken im deutschen Zentrum die Löhne und die Produktivitätsdifferenz vergrößerte sich immer weiter. Deutsche Produkte verdrängten die Industrie des Südens und die Handelsbilanzdefizite wurden immer gefährlicher, eben ausgeglichen durch massiven Kapitalzufluss, charakteristisch für eine Blase.

2008 platze die Blase. Das Kapital zog schlagartig ab, verbrannte Erde hinterlassend. Um die privaten Kapitalien und insbesondere Banken und Spekulanten vor dem Bankrott zu retten, wurden ihnen systematisch Geldgeschenke in zweistelligen Prozentbereich des BIP gemacht – was die Schulden der öffentlichen Hand wiederum schlagartig erhöhte, die Staaten an den Rande des Defaults brachte und den Euro gefährdete.

Die Staatsschuldenkrise ist also wesentlich Folge der globalen, mit Kreditexpansion verzögerten Nachfragekrise, radikal verschärft durch die Konstruktion des Euro, keinesfalls ihre Ursache.

Und die Antwort der Eliten? Auf die Spitze getriebene Austerität. Die Politik wird mit einer Reihe von Vokabeln um den Zentralbegriff „Sparen“ legitimiert. Der hatte im privaten Bereich gerade bei den bescheidenen Unterschichten immer einen guten Klang. Man spricht nicht von Leistungsabbau und sozialer Repression – „sparen“ bezieht sich natürlich nur auf die Unter- und Mittelschichten, nicht auf die Banken; „sparen“, bei den Pensionen und in der Gesundheitsversorgung, aber nicht bei den Subventionen an Großunternehmen und Großagrariern; „sparen“ in Grundschulen und bei der Erziehung, aber nicht etwa bei der Milliarde an das CERN.

## Graphik: Die angebliche Homogenität des Euroraums



*Die Zinssätze sind neben der Inflationsrate und natürlich der längerfristigen Stabilität des Wechselkurses – und längerfristig heißt nicht zwei Jahre, sondern mindestens fünf – die einzigen sinnvollen Kriterien, die spezifisch das Währungsproblem betreffen. Denn sie leiten die Kapitalströme und sind damit entscheidend für die Stabilität. Ein Blick auf die Abbildung genügt, um die Verrücktheit einer Einheitswährung im Sinne der eigenen sonst so hoch gehaltenen Theorien der Befürworter zu erkennen.*

*Zwischen 2000 und 2006 allerdings funktionierte die Angelegenheit, weil die Banken auf das Bail out setzten. Und das kam auch, gegen jede Vereinbarung und das eigene Recht der Herrschaften.*

*Quelle der Daten: EUROSTAT-Datenbank*

Das Zentrum und seine Banken drängte der Peripherie billiges Kapital mit verführerisch niedrigen Zinsen auf. In der lateinamerikanischen Schuldenkrise 1982 war es nicht so anders. Damals kam die Geldschwemme von den Ölgeldern, die rezykliert werden, mussten. Heute sind es die Gelder aus den überschießenden Gewinnen der Unternehmen im Westen, inklusive der unverschämten Manager-Gehälter („Bonuse“). Die westlichen Banken wussten: Es wird Schwierigkeiten mit der Rückzahlung geben. Sie hatten den griechischen Regierungen der Konservativen und der PASOK geholfen ihre schmutzigen Tricks zu verschleiern. Man setzte jeweils auf das *bail out* – und man behielt recht, für die Banken jedenfalls. Als die Blase platzte und die Zinsen in die Höhe schossen, änderte sich der Ton. Wurden vorher Waren aus dem Zentrum gekauft, unausgelastete Hochgeschwindigkeitszüge an der Costa Brava und Straßen von deutschen Firmen gebaut, so hieß es nun: Die Menschen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die Produktivitätsschere zwischen dem nordwestlichen Zentrum und den einheimischen Kleinunternehmen aber wurde nicht abgebaut; das konnte auf diese Weise auch nicht gehen. Der klientelistischen Überbeschäftigung der jeweiligen Parteigänger von griechischen, italienischen und spanischen Regierungen in den öffentlichen Diensten aber sah man gerne zu. Das erhöhte die Stimmung, und die Menschen dort waren die begeistertsten „Europäer“.

Als aber die Bankenkrise im Gefolge der Subprime-Krise aus den USA nach Europa überschwappte, begannen die Banken in Südeuropa hinzusehen. Und nun sahen auch die Regierungen hin, alarmiert von ihren Bankern, die um die Gewinne und bald um die Banken überhaupt fürchteten. Jetzt wollten die Eliten unbedingt ihren Bankrott vermeiden. Ob sie alle so „systemrelevant“ waren oder sind, ist eine ganz andere Frage. In Zypern konnte man sehen: Wenn man einem ungeliebten Konkurrenten eines auswischen will, den Russen diesmal, kann man schon auch *bail in* spielen. Aber damals ging es um das Kleingeld der westlichen Spekulanten und Aktionäre. Der Bevölkerung in Deutschland, Österreich,

Finnland freilich verkaufte man dies als Griechenland-Rettung, als Euro-Rettung, die ganz Schlimmes vermeiden wolle. Das hatte den unschätzbaren Vorteil, den Zorn des Publikums auf die „faulen“ Griechen und Spanier abzulenken.

Gleichzeitig setzte man mit den Rezepten der Troika die neue Crash-Politik in Gang. Schon die Bezeichnung – Troika – ist ein Betrug. Es ist schlicht die EU, die sich als Aufputz noch den IMF umgehängt hat, und selbst jenem wurde die verordnete Austerität zu hart. Die rezessive Spirale, die Verarmung, die folgte, kennen wir nun gut genug. Laut neoklassischer Theorie war dies unumgänglich. Preissenkung, nämlich der Arbeitskraft, steht nun einmal als Standard-Rezept in den Traumbüchern der Ökonomie.

Die Schulden und die Schuldenpolitik ist also das Haupt-Vehikel der Elitenpolitik. Einerseits wird damit die Austerität legitimiert. Andererseits geht es um gewaltige staatliche Geschenke an das Finanz-Kapital. Die *Rettungsprogramme* kommen den Spekulanten und Banken zugute, nicht der Bevölkerung. Es ist das alte Spiel: Privatisierung der Gewinne, Vergesellschaftung von Verlusten und Risikoübernahme. So dürfen sie ihre gewohnte Zockerei auf dem Rücken der breiten Masse ungestraft fortsetzen: Die Börsenkurse und ihre Indizes steigen wieder von Rekord zu Rekord.

Doch zunehmend zeigen sich Risse auch in der einstmals geschlossenen Eliten-Gruppe. Der Euro wird auch von Teilen der Elite inzwischen als Prokrustesbett betrachtet. Zwar erschienen die EU, deren zentralisierende Institutionen und die von ihnen propagierte extreme neoliberale Ideologie als formidables Instrument im Klassenkampf von oben. Zum Teil glaubten und glauben die Eliten selbst die neoklassischen Dogmen, sind selbst Opfer ihrer Ideologie. Doch gerade an der Peripherie kommen sie selbst immer mehr unter die Räder. Ihre Industrie wird zerstört und ihr politisches System immer rachitischer bis zu dem Punkt, an dem sie die Kontrolle zu verlieren drohen. Mit dem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung gegen die EU und gegen Deutschland müssen sie entweder die Macht an links- oder rechtspopulistische Stellvertreter übertragen. Mit *Syriza* oder *Lega Nord* nennen wir stellvertretend zwei. (Populistisch meint übrigens nicht, wie im Jargon der Mainstream-Medien, gegen als alternativlos betrachtete Austerität zu sein. Es heißt, sich gegen die Austerität auszusprechen, ohne den systematischen Bruch mit der Elite zu konzipieren.) Autoritäre Veränderungen sind eine andere realistische Möglichkeit, die wir keineswegs ausschließen können.

Einige europäische Extremisten wollen die Gelegenheit nutzen. Sie treten die Flucht nach vorne an und zentralisieren die politische Macht noch stärker in Brüssel und in Frankfurt. Dazu zählen die Sozialdemokraten. Es ist ein besonders schmutziges Manöver. Es läuft unter der heuchlerischen Vorgabe „Solidarität für den Süden“. Der noch etwas wackelige und angesichts der Krise von nationalen Interessen gefährdete supra-nationale Staat soll zu den *Vereinigten Staaten von Europa* ausgebaut werden, zum möglichst einheitlichen Superstaat. Glücklicherweise ist dieser angeblich fortschrittliche Traum, der nur zu einem reaktionären, ja putschistischen Alptraum werden kann, nur mehr die Chimäre einiger Ideologen. Den dominanten Fraktionen der Machteliten ist klar, dass dessen Durchsetzung nicht realistisch ist.

Aber auch der Weg zurück ist versperrt. Dessen Kosten sind zu hoch. Die „europäische Einigung“ war der Slogan, das Projekt der europäischen Eliten des letzten halben Jahrhunderts. Man muss daran festhalten, koste es was es wolle. Der Zerfall des Euro und der EU wäre eine historische Niederlage der Oligarchien größten Ausmaßes.

## **5. Zentrum Deutschland: national vor imperial**

Wir haben uns bisher auf die sozioökonomischen Aspekte der EU und der Währungsunion konzentriert. Doch diese sind auch immer mit zwischenstaatlichen, internationalen Aspekten verbunden, die durch die Krise einen außerordentlichen Wandel erfahren haben. Die Gemeinsamkeit der Herrschenden der zentralen Länder, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, ist zerbrochen. Deutschland dominiert und ruft mit seiner national-egoistischen Politik im Dienste seiner kapitalistischen Eliten nationale Gegenreaktionen in der Union hervor. Vertieft sich die soziale Krise weiter, was anzunehmen ist, steht der Euro und die gesamte EU vor dem Zerfall. Sehen wir uns die Vorgeschichte an:

Das französische Nachkriegsmodell, das auf einen starken, in die kapitalistische Wirtschaft tief

eingreifenden Staat setzte, war der relativen Schwäche der Kapitalistenklasse geschuldet, die noch von vergangener Größe lebte. Diese Schwäche bezog sich nicht nur auf den Großen Bruder über dem Atlantik, dessen Herrschaft angesichts der Stärke der Sowjetunion bereitwillig akzeptiert wurde, sondern vor allem auf den großen Nachbarn und historischen Feind Deutschland. Deutschland hatte zwar die größte denkbare Niederlage erlitten, doch als Frontstaat des Kalten Krieges erhielt es vom transatlantischen Sieger eine großzügige Sonderbehandlung, die rasch die alte wirtschaftliche Stärke und Überlegenheit – zumindest im europäischen Kontext – wiederherstellte. Unter diesen Bedingungen der überwältigenden US-Vorherrschaft und der gemeinsamen Feindschaft zur UdSSR stülpten die französischen Beamten ihr staatsinterventionistisches Modell nun einem europäischen Bündnis über, das die deutsch-französische Achse als Zentrum hatte. Damit sollte der potentiell gefährliche und überlegene Nachbar im Zaum gehalten werden.

Noch waren die Tendenzen zum übernationalen Zusammenschluss verglichen mit der Zeit der Globalisierung nach dem Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurs von *Bretton Woods* 1973 bescheiden. Das globale Herrschaftssystem der USA war auf starke Nationalstaaten aufgebaut, die insbesondere in den Frontstaaten zur Sowjetunion und in Europa bisher unbekannte soziale und demokratische Zugeständnisse für die breiten Massen gewährten.

Der in den 80er Jahren einsetzende Neoliberalismus, die damit verbundene Globalisierung und das Fiasko des letzten linkskeynesianischen Versuchs, jenes *Mitterands*, ließ die europäischen Vereinigungstendenzen stark an Fahrt gewinnen. Gemeinsam wollten die europäischen Eliten es Reagan und Thatcher gleichmachen und die Sozialstaaten, die mit dem Ende der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der Arbeiterbewegung an politischer Bedeutung als Gegengewicht verloren hatten, wegräumen.

Dann kam die deutsche Wiedervereinigung mit der Gefahr eines neuen deutschen Großmachtstrebens und ließ in Paris die Alarmglocken läuten. Die französischen Bürokraten sahen sich gezwungen zu handeln und traten die Flucht nach vorne an: Mittels eines qualitativen Schritts in der europäischen Vereinigung sollte Deutschland unter Kontrolle gehalten werden. Die Währungsunion wurde beschlossen. Erster Akt war gleich die Krise des *Europäischen Währungssystems (EMS)* 1992/93, die zur Aufhebung der fixen Wechselkurse zwang. Eigentlich hätte diese Episode als frühe Warnung vor der Unvernunft einer gemeinsamen Währung dienen müssen.

Deutschland willigte trotz erheblicher Bedenken seiner Wirtschaftseliten vor allem in die gemeinsame Währung ein, um sich die Zustimmung zur Wiedervereinigung zu sichern. Man wollte zeigen, dass man keine Großmachtpläne im Schilde führte und nur im europäischen Verbund und im Gleichklang mit den USA globale Ambitionen verfolgte.

Im Gegenzug musste der Rest Europas die wirtschaftspolitischen Leitlinien der deutschen Eliten akzeptieren. Symbolisch war da die exklusive Kontrolle der Zentralbank durch die Finanzkapitalisten, die dem Volkswillen entzogen bleiben musste. Da war das Dogma der Hartwährung und der Inflationsbekämpfung über allem anderen. Und da war die ordoliberalen Ablehnung von staatlicher Intervention in die Wirtschaft.

Für mehr als ein Jahrzehnt schien der Euro eine Erfolgsgeschichte zu sein. Insbesondere in Südeuropa machte man sich Hoffungen den historischen Rückstand zum Zentrum in kurzer Frist aufholen zu können und einem vereinigten Europa des freien Marktes und Wohlstands entgegenzugehen. Es war die Hochzeit des Kasinokapitalismus, in der sich die Hohepriester des Systems sogar dazu verstiegen, mit dem Ende der Geschichte auch das Ende der kapitalistischen Krisen zu proklamieren.

Dann kam 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman – und der Traum zerplatzte. Er stellte sich als Blase heraus. Innerhalb kurzer Zeit wandelte sich Deutschland vom *primus inter pares* zum alles dominierenden Herrscher über Europa.

Denn das von allen Regulierungen befreite Kapital flüchtete ins deutsche Zentrum, während der Rest Europas bis an den Rande des Bankrotts austrocknete. Doch Berlins Daumen zeigte nach unten. Die deutschen Eliten weigerten sich Risiko für die Peripheriestaaten zu übernehmen, geschweige denn gemeinsame Schuldentitel aufzulegen, und verschlimmerten dadurch die Krise noch weiter. Der deutsche Terror äußerte sich in Form des Zinsen-Spreads.

In der Substanz handelte Berlin weder im gemeinsamen Interesse der europäischen Eliten, noch in einem deutsch-imperialen, sondern entsprechend ihren national-egoistischen Konzepten. Sie sind nicht bereit die Kosten für eine Ordnung zu tragen, von der sie profitieren und die sie *nolens volens* ins Zentrum der Macht gerückt hat.

Bevor es tatsächlich zum Zusammenbruch kommen konnte, sprang Berlin wie ein Zocker in letzter Sekunde doch ein. Doch waren und sind die Bailouts von extremer austeritärer Härte geprägt, die eine unkontrollierte rezessive Spirale in den betroffenen Ländern in Gang setzte. Die geldpolitischen Maßnahmen der amerikanischen Fed und ihrer britischen und japanischen Pendanten, wurden nur im Zinsbereich nachgeahmt, nicht jedoch was den Ankauf von Staatspapieren betrifft, denn das widerspräche dem dogmatischen Verbot der Finanzierung von öffentlichen Schulden durch die Notenpresse.

Staatliche Nachfragestimulierung, wie sie in den krisengeschüttelten Ländern der EU immer lauter auch von den Eliten gefordert werden, um aus der fünfjährigen Rezession herauszukommen, kommt für Berlin nach wie vor nicht in Frage. Die logische Idee wäre, dass als Ausgleichsmaßnahme die „innere Aufwertung“ in Deutschland käme. Aber das ist erst recht eine Schreckens-Idee. Ein Ende der Lohndeflation will nicht nur die Exportlobby nicht. Es wäre gegen das Dogma der Inflationsbekämpfung, selbst wenn die EU sich in einer Deflationskrise befindet. So wurde es auch in der Konstruktion der EU auf deutsches Geheiß hin festgeschrieben.

Neben deutscher nationaler Interessenspolitik lässt sich diese Weigerung mit einem Element der ideologischen Verblendung erklären. Das induktive Moment gesteigerter Konsumnachfrage würde den globalen Wettbewerbsnachteil leicht wett machen. Ein solcher keynesianistischer Schwenk könnte bei entsprechender politischer Steuerung auch zu einem zusätzlichen Produktivitätswachstum führen. Ganz zu schweigen von der integrativen politischen Wirkung durch das Ende der sozialen Rosskur. Aber das ist nicht zu erwarten – und das bildet auch die Grenze des Euro.

Noch verteidigt Berlin und mit ihm die europäischen Eliten das Euro-Regime. Sie haben allesamt keine Alternative. Der Zerfall, die Auflösung wäre eine gewaltige historische Niederlage, die die politische Herrschaft der kapitalistischen Eliten schwer erschüttern und unkontrollierbare Oppositionsströmungen hervorbringen könnte.

Doch Berlin würde wohl eher in dieses kalte Wasser springen und einzelne Länder aus der Euro-Zone austreten lassen, als eine keynesianische Nachfragebelebung zu akzeptieren, so wie die Eliten des Südens sie brauchen und auch zunehmend fordern. Sie riskieren sonst, von der Macht verdrängt zu werden. Das Euro-Regime wird möglicher Weise nur überleben, wenn im europäischen Süden offene Diktaturen des pro-deutschen Kapitals errichtet werden. Die vermögen den Widerstand der subalternen Klassen zeitweise zu brechen, wie wir von der griechischen Militär-Diktatur 1967 bis 1974 wissen. Doch das ist glücklicherweise unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist hingegen das Ende des Euros – in welcher Form auch immer.

## **6. Nationalismus? Der Vorwurf fällt auf seine Urheber zurück!**

Es ist schon merkwürdig: Die Erben jener Tradition, die seinerzeit die Arbeiter-Bewegung nicht genug als vaterlandslose Gesellen beschimpfen konnte, beschuldigen die Kritiker des Euro-Regimes nun des Nationalismus. Die alten Liberalen und Konservativen (die organisch national eingestellt waren) haben sich gewendet. Zusammen mit den Sozialdemokraten spielen sie nun die Speerspitze des neoliberalen Internationalismus. Und diesen neuen wilden Internationalismus der Deregulierung und der Starken sollen wir begrüßen? Er wird auch nicht besser, wenn er sich nun mit der hohlen Phrase des „sozialen Europa“ schmückt – nur zynischer! Dieses Europa wurde für harte Elitenpolitik gegründet, für Sozial- und Demokratie-Abbau. Und das soll sich nun zu einer Idylle des „sozialen Europa“ wandeln? Es wäre geradezu lachhaft wenn nicht so viele, die sich persönlich links von der Sozialdemokratie positionieren, darauf einstiegen! Ein Apparat, der für die brutalste Politik der Eliten gegründet wurde, kann nicht plötzlich für die Interessen der Masse der Bevölkerung umgebaut werden. Man muss ihn *zerschlagen*, einen anderen neu aufbauen.

Ja, aber mehr Investition und Konsum in Deutschland wäre doch möglich? Ohne Zweifel, aber die französische oder griechische Regierung, die möglichen Konkurrenten und die Opfer der globalen Konkurrenz werden dies nicht durchsetzen. Die deutschen Eliten mit ihrer Exportfixierung und Lohndeflation können nur von der deutschen Bevölkerung dorthin gebracht werden. Der Druck in diese Richtung ist zumindest groß genug, dass die politische Klasse es für notwendig erachtet präventiv zu handeln: So schickt sie die „linke“ Sozialdemokratin Andrea Nahles vor, um Gewerkschafts- und Streikrechte abzubauen.

Für die Bevölkerung der anderen Länder wäre es richtiggehend selbstmörderisch auf den Klassenkampf im deutschen Zentrum zu warten. Es ist für sie allemal vernünftiger – und erfolgversprechender – selbst zu handeln, sich von der deutschen Vorherrschaft und der EU zu befreien und ihre sozialen Interessen gegen die eigenen, nunmehr geschwächten Eliten durchzusetzen.

Völkerverständigung? Europäische Demokratie? Nicht nur, dass die Merkels, Steinmeiers und Gabriels Europas Bevölkerungsmehrheit Austerität, sprich Verarmung, verordnen und die EU-Institutionen Demokratie richtiggehend verhöhnen. Berlin ist nicht einmal bereit, die imperialen Kosten ihrer Vorherrschaft zu tragen – ganz abgesehen davon, dass die EU-Konstruktion dies überhaupt nicht vorsah. An diesem Punkt steht die Elite zusätzlich von der AfD unter Druck, die einen Teil des Mittelstands repräsentieren. Sie wollen die Kosten der deutschen Führungsrolle nicht tragen. Deutschland solle keine Garantien für die Schulden der Peripherie übernehmen, selbst wenn dabei der Euro zerbrechen sollte. Nicht nur wenden sie sich nicht gegen die neoliberale Austerität. Sie fürchten sogar, dass diese gegenüber dem Süden in den Bailouts nicht hart genug durchgesetzt würde. Hier mischt sich ideologische Schrulle der schwäbischen Hausfrau – die fast kongruent mit dem neoliberalen Dogma ist –, a-imperialer Reflex jener, die nicht über die Exportwirtschaft mitprofitieren, und Kultur- und Sozialchauvinismus gegenüber dem Süden. Erinnern wir uns daran: Der Grexit kam ironischer Weise von Deutschland aus ins Spiel, nicht sosehr von Griechenland her. Dass die EU und insbesondere die deutsche Politik nationale Reaktionen, und bisweilen auch neuen Nationalismus hervorrufen, ist angesichts der Notlage der Peripherie und auch des peripheren Zentrums logische Folge. Das kann die verschiedensten Spielarten und Formen annehmen:

## 7. Rechtspopulismus

Neben jenen, die sich für die Interessen der Unter- und Mittelschichten gegen den Europäismus und Internationalismus der Eliten einsetzen, bilden sich auch Kräfte, die zu einem nationalen Kapitalismus liberalistischer oder selbst faschistischer Prägung zurück wollen. Beispiele gibt es in vielen Ländern: Die faschistische Schläger- und Polizistenpartei Goldene Morgenröte in Griechenland; Viktor Orban mit seiner autoritär-nationalistischen Verteidigung der ungarischen Ober- und Mittelschichten gegen die globale Oligarchie und die eigenen Unterschichten oder das neue ukrainische Regime, das das neoliberale Programm der EU mittels Nationalismus durchsetzt. Das Phänomen gibt es noch massiver in den Zentrums- und Zentrumsperipheriestaaten: die wiedererstarkende rechtsnationale und wirtschaftsliberale *Lega Nord*; der französische *Front National*, der mehr staatliche Intervention fordert und auch den Arbeitern Versprechungen macht; die nationalchauvinistische UKIP in Großbritannien; schließlich in Deutschland der Mittelstandsprotest AfD und die kulturchauvinistisch-antiislamisch PEGIDA, die auf der Straße Zuspruch von unten sucht.

Der Rechtspopulismus ist die Folge der sozialen, demokratischen und kulturellen Katastrophe. Verantwortlich dafür ist das (neo-)liberale oligarchische Zentrum in der EU mit seinem Hauptinstrument, dem Euro. Das ist unser Hauptgegner. Die Neofaschisten und Rechtsnationalisten werden als Perchten<sup>1</sup> von den Herrschenden (insbesondere jenen aus linker Tradition stammenden) in den Vordergrund geschoben. Lassen wir uns nicht ablenken von diesen Inszenierungen! Natürlich ist es den Eliten lieber, wenn sich eine soziale Systemopposition auf einen solchen Feind konzentriert und dabei aufhören würde, das Zentrum als den viel gefährlicheren Hauptgegner zu bekämpfen.

<sup>1</sup> Furchterregende Maske des ostalpinen Brauchtums, mit dem böse Geister ausgetrieben werden sollen. Besser geeignet zur Charakterisierung des Rechtspopulismus als das Bild der Marionette, denn die Perchten können bisweilen unerwartete, aggressive und gegen die Gepflogenheiten und guten Sitten gerichtete Handlungen setzen. Sie enthalten ein Moment der Unberechenbarkeit und Selbständigkeit.

Der Nationalstaat ist gegenwärtig der einzige Rahmen, in der Demokratie und soziale Interessen der Unter- und Mittelschichten artikuliert und durchgesetzt werden können. Der Neoliberalismus gewinnt seine Wucht durch die Globalisierung und geht einher mit einem kapitalistischen Internationalismus unter der Führung der USA. Auch deswegen ist er die Basis, auf die eine solidarische internationale Kooperation gegen das monopolare Zentrum aufbauen kann.

## **8. Auflösung der Euro-Zone: Ziel und Ausgang**

Die Peripherie muss sich vom Diktat des Zentrums, vom Euro und vom Euro-Regime befreien. Aber nicht nur die große Mehrheit der Peripherie, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung, die arbeitenden Klassen des Zentrums, brauchen die Befreiung von diesem Eliten-Programm. Es geht um die Lohndeflation, die den unteren und den Mittelschichten verordnet wurde.

Gewöhnlich entgegnet die Eliten, dass durch den Austritt aus dem Euro mit einem katastrophalen Zusammenbruch zu rechnen sei. Selbst in Griechenland, das unter dem Titel der Euro-Rettung rund 25% seines BIP einbüßte und dessen Unter- und Mittelschichten noch viel stärker verarmten, zieht das Argument noch immer.

Klar, ein unkontrollierter Staatsbankrott kann zu einer schockartigen Kontraktion und einem noch tieferen Fall führen. Es geht darum den Austritt politisch zu gestalten, wobei die Oligarchie und die Mehrheit natürlich sich widersprechende Interessen haben.

Doch selbst bei vollständiger Kontrolle der Eliten über den Austrittsprozess überwiegen die Vorteile. Die dann unumgängliche „äußere“ Abwertung ist nicht schmerzlos, doch im Unterschied zur nun laufenden „inneren“ Abwertung verteilt sie die Lasten über den gesamten gesellschaftlichen Stufenbau und erleichtert den unteren und mittleren Schichten das Leben. Abwertung an der Peripherie bedeutet gleichzeitig auch relative Aufwertung im Zentrum. Damit entsteht automatisch eine neue Lastenverteilung zwischen den Volkswirtschaften. Es wird Schluss sein mit den exorbitanten deutschen Überschüssen, die ja hauptsächlich durch die Abwertungswirkung des Euro für die deutschen (und österreichischen) Exporteure entstanden.

Doch je mehr sich die Subalternen politisch Gehör zu verschaffen vermögen, je mehr es der Mehrheit gelingt, den Prozess des Austritts selbst zu steuern, desto besser können die Ergebnisse sein. Eine Marktanpassung nationaler oder regionaler Währungen schwankt um die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Und natürlich sind Währungen keine rein technische Frage, sondern vor allem Ausdruck von Machtverhältnissen.

Die Austerität ist keine Naturkraft, als die sie die Oligarchie darstellen will. Sie ist nicht alternativlos. Es ist eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Produkts möglich, allerdings zieht man sich dadurch die Feindschaft der globalen Oligarchie und ab einem gewissen Punkt auch jene der verschiedenen Schichten der nationalen Eliten zu. Massive politische Eingriffe, wie Kapitalverkehrskontrollen und Verstaatlichungen vor allem im Finanzsektor, werden notwendig, die unter gewissen Umständen zum Ausschluss vom globalen Kapitalmarkt führen können, was wiederum noch radikalere Schutzmassnahmen erfordern könnte (siehe weiter unten). Je größer und wohlhabender eine Volkswirtschaft ist, je mehr sie alternative internationale Partnerschaften entwickeln kann, desto leichter und schmerzloser wird ein solches Projekt durchführbar.

Es geht also um wesentlich mehr als nur um Währungspolitik. Wir müssen die Entwicklungs-Perspektive unserer Gesellschaften offen halten, die von der kapitalistischen Oligarchie verbaut wurde. Ausgangspunkt ist der Kampf um die Reste der Selbstbestimmungs-Möglichkeiten, welche in den nationalen parlamentarisch-demokratischen Systemen noch enthalten waren, und die man uns mit dem Pseudo-Parlament der EU-Bürokratie nimmt.

Es gibt heute noch und wieder eine Chance auf die Änderung der Machtverhältnisse. Angesichts des Scheiterns des Euro-Projekts, dieses Parade-Unternehmens der EU, haben sich die Verhältnisse gelockert. Sobald dieses Scheitern auch hierzulande politisch-institutionell manifest wird – denn derzeit üben sich die Eliten noch in der Linie des Augen-zu-und-durch – wird das zu schweren Erschütterungen und noch

weiterem Hegemonieverlust der Machtsysteme führen. Sie werden nicht so schnell wieder durch klassisch-repressive Politik versteinert werden können. Selbst die Versuche der Repression in Spanien sind eine politische Dummheit der altfranquistischen Regierung. (Mit dem Gesetz *Mordaza*, das der Staatsgewalt außergewöhnliche Befugnisse gegen die wachsende politisch-soziale Opposition einräumt, hofft die *Partido Popular* wohl in überkommener Weise das alte Regime verteidigen zu können.) Sie werden sich gegen sie selbst zurück wenden. Es gilt, ein völliges soziales Desaster für die Unter- und Mittelschichten zu verhindern, von ihnen selbst, nicht von angeblich wohlwollenden politischen Vormündern aus welchen Parteien immer. Nationalstaatliche Intervention wird aber erst wieder effizient, wenn sich die Staaten ihre Macht, ihre Kompetenzen, ihre Souveränität von Brüssel (Kommission), Luxemburg (EuGH), Frankfurt (EZB) und Berlin, der Macht im Hintergrund, zurückholen.

## 9. Sofortmaßnahmen

Selbstbestimmung der Mehrheit der Bevölkerung muss von Anfang an und in jeder Maßnahme das eigentliche Ziel dieses Programms bilden. Die Eliten erpressen die Völker mit der Behauptung, dass ihre Rosskur für die unten und die Geschenke für die oben notwendig sind, um ihr Werkel vor dem katastrophalen Zusammenbruch zu bewahren. Aber es geht auch anders, nämlich im Interesse der Mehrheit. Um die Katastrophe, die für weite Teile Südeuropas bereits schleichende Realität ist, tatsächlich abzuwenden, bedarf es einer Reihe großer und radikaler Schritte.

- \*) Schuldenstreichung: Diejenigen, die sich in den letzten Jahrzehnten ohne Arbeit und Leistung bereichert haben, die Nutznießer des Kasino-Kapitalismus, die legale und illegale Pyramidenspiele betrieben und betreiben und bei Verlust die Hand gegenüber dem Staat aufhalten, werden enteignet!
- \*) Aufkündigung des Fiskalpakts, der Verträge von Lissabon und Maastricht und der unmittelbar darauf aufbauenden Politik der eisernen Austerität.
- \*) Rückzug der nationalen Gelder aus ESFS / ESM.
- \*) All das geht einher mit und macht die möglichst geordnete Auflösung der Euro-Zone und die Ausgabe neuer nationaler oder regionaler Währungen notwendig.
- \*) Einseitige Nichtanerkennung der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs. Der EuGH war jene Institution, die am meisten für die beschleunigte und stets über die Vertragstexte hinaus gehende Integration gewirkt hat.
- \*) Vergesellschaftung der Zentralbank: Schluss mit der Herrschaft der Finanzoligarchie über die „Unabhängigkeit der Zentralbank“, einer Unabhängigkeit von jeder demokratischen Einflussnahme; ein neuer Zentralbankrat aus Volkswahlen.
- \*) Verstaatlichung der Banken und des Finanzsektors. Beschränkung des „Kapitalmarktes“, das heißt des freien Fließens des Kapitals zu den höchsten Profiten zugunsten der Regulierung und Steuerung entsprechend demokratischer Entscheidungen im Sinne der Interessen der Mehrheit.
- \*) Kapitalverkehrskontrollen (auch über den Devisenhandel, um Währungsspekulation im Zaum zu halten), Zölle, Deglobalisierung, Schluss mit dem Freihandelsregime im Dienste der Starken!
- \*) Staatliche Investitionsprogramme zur Vollbeschäftigung sind an der Peripherie, aber auch in den Zentren notwendig.
- \*) Internationale Kooperation mit der Perspektive der Überwindung von Kapitalmarkt und Herrschaft des Zentrums.

Politisierung der Gesellschaft zu ihrer demokratischen Gestaltung. Demokratie erfordert die Verfügungsgewalt über die produktiven Kapazitäten.

